Einzelnummer 150 Mark

Fern-Ausgabe

Leipziger Tageblatt

Nr. 55 vergriffen

Handels-Zeitung

Bezugspreis: Durch die Post innerhalb Deutschlands frei ins Haus geliefert: monatlich M. 2800.— und Beitragsgebühr. Auswärts durch Träger zugestellt M. 3100.— Auslandsversand: monatlich M. 7100.— einschließlich Drucksachen-Porto. Das Leipziger Tageblatt erscheint täglich morgens, außer nach Sonn- und Feiertagen. Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörungen berechtigt den Bezieher nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Leipzig, Johannisgasse 8. Fernsprecher 17080—17087. Anzeigen-Abonnements-Annahme in der Geschäftsstelle Leipzig, Johannisgasse 8, allen Filialen, sowie in Berlin, Ullsteinhaus.

Anzeigenpreis: für die Gesamt-Auflage (Stadt- u. Post-Auflage) die einsp. 24 mm br. mm-Zeile M. 150.—, für ausw. Inserent. M. 270.—. Sonderpreise: Familienanz. v. Priv. die mm-Zeile M. 30.—. Gelegenheits-Anzeigen (priv. Natur) und Stellenangebote, die mm-Zeile M. 75.—, Stellengesuche die mm-Zeile M. 60.—, amtl. Bekanntmachungen, Doppel-mm-Zeile M. 300.—, für ausw. M. 540.—. Reklame 72 mm breit, die mm-Zeile M. 750.—, für auswärtige M. 1200.—. Auslandsanzeigen mit Valuta-Aufschlag. Bei Wiederholung Nachlaß. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Erfüllungsort Leipzig. — Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Erfüllung der Anzeigenaufträge und Leistung von Schadensersatz. — Postscheckkonto Leipzig 3994. Druck und Verlag Leipziger Verlagsdruckerei G. m. b. H., Leipzig. Berliner Schriftleitung: Im Ullsteinhaus. Fernsprech-Anschluß: Dönhoff 2600—2663

Das Leipziger Tageblatt enthält amtliche Bekanntmachungen des Rates der Stadt Leipzig, des Polizeipräsidiums Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

Nr. 56 | Dienstag, den 6. März 1923 | 117. Jahrgang

Die wahren Dolchstößler

Northcliffe, Herfurth & Co.

Leipzig, 5. März.

Keine Ungerechtigkeit gegen Tote! Northcliffe ist tot; er kann sich nicht wehren, mit dem lebenden Verleger der Leipziger Neuesten Nachrichten verglichen zu werden. Deshalb sei — noch vor dem Vergleich — bemerkt, daß Northcliff ein Mann bedeutenderen Formats gewesen ist, ein temperamentvoller Journalist, anständig gegen seine Redakteure (denen er im Testamente Millionen hinterließ), kein kleiner Knauser an der Spitze eines großen Blattes, ein Meister der Zeitung, nicht des unlauteren Wettbewerbs. Davon abgesehen aber: welche Fülle der Vergleichsmöglichkeiten im Aufpeitschen nationalistischer Instinkte und Kriegsleidenschaften, in raffinierter Propaganda, in Geschäftstüchtigkeit! Northcliffe und Herfurth, Leipziger Neueste Nachrichten und Daily Mail halten einander wohl die Wage, obwohl sie sich wechselseitig verachten. Die Brüder Northcliffe wie die Brüder Herfurth konnten sich vom Ergebnisse ihrer wohl angewandten nationalen Begeisterung Rittergüter kaufen, und Herfurth hätte zweifellos genau so die Baronie erhalten wie Northcliffe, wenn nicht — ja wenn nicht die Revolution seinen kronprinzlichen Protektor verbannt hätte. Mit dieser einen Ausnahme war allerdings die nationale Hetze auch für die Herfurths durchaus rentabel geblieben. Der Krieg und die Nachkriegszeit haben zwar das deutsche Volk seiner wertvollsten Männer beraubt; in Tod und Elend taumelten deutsche Gelehrte, deutsche Arbeiter, deutsche Frontoffiziere; unberührt aber (wenigstens bis vor wenigen Monaten) blieb das Geschäft der deutschen Hetzpresse, ungebrochen ihr Einfluß auf jene Gutmütigen, die — nicht alle werden. Wenn heute das Bild des schuldlos leidenden, darbenden deutschen Volkes im Auslande noch immer imperialistisch verzerrt erscheint, wenn eben jetzt wieder Hunderttausende ruhiger deutscher Bürger unter der Brutalität französischer Generale hungern und bluten müssen, ohne daß ihr Notschrei Widerhall in der Welt weckt: dann trägt die neu entfesselte deutsche Hetzpresse dieselbe Schuld daran wie die französische.

Nicht das allein! Das traurige Ergebnis des Krieges hat Deutschland von vielen Millionen Deutschen abgeschnitten, die einst eng zu ihm gehörten, sei es daß sie innerhalb seiner alten Grenzen wohnten, sei es, daß sie Bürger befreundeter Staaten waren (zum größten Teile der alten Habsburger-Monarchie). Jedem im Reiche sollte der Gedanke an diese gewaltsam Entfremdeten, nicht Fremden, teuer sein; jeder im Reiche sollte als kostbares Gut die Beziehungen zu seinen Brüdern pflegen, zu den Deutschen der an Polen gepreßten Gebiete, zu den Deutschen der Tschechoslowakei; sie alle blicken mit einem Vertrauen, das kein Zwang, kein Leid zu schmälern vermag, ins Mutterland ihres Geistes, das ihnen höher steht als das Vaterland ihres Körpers. Was aber tut die deutsche Hetzpresse im allgemeinen, was tun die Leipziger Neuesten Nachrichten im besonderen? Sie machen sich die Geschichts- und Geographie-Fälschung zu eigen, welche die slawische Mehrheit des Prager Parlaments ausgeheckt hatte, indem sie die Moldaurepublik mit ihren 3½ Millionen deutschen Bürgern „tschechoslowakisch" nannte. Auch Herfurths Presse spricht skrupellos dort von „Tschechoslowaken", wo es sich um Stammesbrüder in der Tschechoslowakei handelt, und diese Irreführung gutgläubiger deutscher Leser wirkt um so anstößiger, ist um so weniger entschuldbar, als sie stets in dem Augenblicke einsetzt, in welchem Geschäftsinteressen der „Leipziger Neuesten Nachrichten" auf dem Spiele stehen. Ein deutsches Blatt vom Range des „Prager Tagblatt" erscheint Herrn Herfurth von dem Tage an verdächtig, an dem es Anteile des Leipziger Tageblattes und der Neuen Leipziger Zeitung erworben hat. Was tut es, daß der Vorsitzende der Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse in Berlin, daß Georg Bernhard schreibt: „... Ich möchte Ihnen deshalb ausdrücklich bestätigen, daß ich vom Standpunkt des Deutschtums aus mir keine zweckentsprechendere und deutschere Politik als die des Prager Tagblattes denken könnte ..."; was verschlägt es den Leipziger Neuesten Nachrichten, wenn die Abgeordnete der größten deutschen Partei in der Tschechoslowakei (der deutschen Sozialdemokratie), Frau Marie Deutsch, mitteilt: „... bestätige ich Ihnen gerne, daß das Prager Tagblatt unzweifelhaft ein Blatt von deutschem Charakter ist und deutsche Interessen vertritt ..."; was kümmert es die Brüder Herfurth, wenn der Geheime Legationsrat Prof. Dr. Saenger in Berlin (auf Grund seiner Erfahrungen als Gesandter des Deutschen Reiches in Prag) in einem schriftlichen Gutachten erklärt: „Auf Grund meiner Prager Erfahrungen scheint mir der gegen das Prager Tagblatt erhobene Vorwurf, es mache tschechische, nicht deutsche Politik durchaus unbegründet ..." Was tut's? Was verschlägt's? Was kümmert's? Nichts! Der unbequeme Konkurrent bleibt „tschechoslowakisch" (da das Gericht es den Leipziger Neuesten Nachrichten unter Strafandrohung verboten hat, es sogar „tschechisch" zu nennen!).

Die Zeiten übelster Deutschenhetze der Northcliffe-Presse steigen gespenstisch wieder aus verwesenden Kriegszeiten empor, wenn man dies liest, doppelt grauenhaft, weil hier Deutsche gegen Deutsche kämpfen und das Geschäft — das blanke Geschäft! — den Anlaß dazu gibt. Dieselbe Presse, die andauernd vom „Dolchstoß" in den Rücken der deutschen Front faselt (bezeichnenderweise hat sie die Phrase aus der von ihr so bitter gehaßten Northcliffe-Presse entnommen), dieselbe Presse, die mit dem Abendgebet „Einheitsfront!" schlafen geht und mit dem Stoßseufzer „Burgfriede!" wieder aufwacht, diese selben „Leipziger Neuesten Nachrichten" fallen wütend einem tapferen, auslandsdeutschen Blatte in den Rücken und leisten damit den Tschechischnationalen wackere Bundesdienste. Nein, die Parallele zwischen Northcliffe und Herfurth stimmt in diesem Punkte nicht. Niemals hätten Northcliffes Blätter die New Yorker englische Presse „amerikanisch und ausländisch" genannt, niemals behauptet, die Pariser Ausgabe des New York Herald sei „französisch und ausländisch", oder das englische Blatt in Konstantinopel sei „türkisch". Niemals! Es blieb einer deutschen Zeitung, es blieb den Leipziger Neuesten Nachrichten vorbehalten, ein auslandsdeutsches Blatt, das auf gefährdetstem Posten steht, von rückwärts zu bedrohen und damit 3½ Millionen Auslandsdeutschen zu verstehen zu geben: Ihr gehört nicht zu uns, wir wollen euch nicht, ihr — Tschechoslowaken! Einst wird das deutsche Volk erkennen, wo seine Dolchstößler stehen, und es wird mit ihnen so bitter ernst abrechnen, wie noch stets die Wahrheit mit der Lüge abgerechnet hat.

In Erwartung der Kanzler-Rede

Keine Katastrophenpolitik — Vorschläge für Verhandlungen

Berlin, 5. März.

Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung

Die beunruhigenden Gerüchte, die sich an die plötzliche Einberufung des Reichstages zu morgen, Dienstag, knüpfen, sind unzutreffend. Ausschlaggebend für den Entschluß des Reichskanzlers, die geplante Reise nach München aufzugeben und im Reichstag eine Erklärung abzugeben, war der Wunsch der Parteiführer, in Anbetracht der durch die neuen Maßnahmen der Franzosen veränderten Verhältnisse im Ruhrgebiet einen Bericht des Reichskanzlers über die Lage entgegenzunehmen. Die Erwägung, ob nicht anstelle des Reichskanzlers der Reichsminister des Auswärtigen diese Erklärung abgeben sollte, wurde schließlich zurückgestellt, da es sich hier um eine Kundgebung handelt, die die Richtlinie der deutschen Politik festlegt, für die der Reichskanzler verantwortlich ist. Es ist sicher, daß sich die morgige Reichstagssitzung zu einer großen Protestkundgebung gegen die Verschärfung des Deutschland angetanen Unrechts gestalten wird. Es besteht aber die Absicht, über eine solche Protestkundgebung hinaus die Kanzlerrede als Mittel zur Erzielung politischer Wirkungen zu benutzen. Nach den Informationen unseres Sonderberichterstatters ist allerdings nicht zu erwarten, daß der Reichskanzler etwa, dem Schreiben des extremen Flügels der Deutschnationalen folgend, die Herstellung des Kriegszustandes verkünden könnte. Die Reichsregierung steht weiter auf dem Standpunkt, daß den Franzosen keinerlei Vorwürfe geliefert werden dürfen, um für ihre Rechtsbrüche den Boden des Kriegsrechtes zu finden. Man darf im Gegenteil annehmen, daß der Kanzler den Versuch machen wird, unter Betonung der unveränderten Bereitwilligkeit Deutschlands, positive Vorschläge zur Regelung des Reparationsproblems zu geben, in irgend einer Weise an die deutschen Vorschläge anzuknüpfen, die Staatssekretär Bergmann in Paris den Alliierten übermittelt hat. Man hofft, dadurch die allgemeinen Erörterungen der Reparationsfrage wieder in Fluß zu bringen und etwa vorhandene Pariser Verhandlungsneigung zu ermuntern. Die französische Politik würde dann die Möglichkeit erhalten, zu bekunden, ob sie überhaupt Verhandlung wünscht oder ob ihre wirklichen Ziele diejenigen sind, die insbesondere die extremen Deutschnationalen annehmen. Auch für die innere Stimmung wird viel von der Art der Darlegungen des Reichskanzlers abhängen. Bei aller einmütigen Abwehr der Arbeiterschaft des Ruhrgebietes beginnen sich allmählich Besorgnisse einzuschleichen, daß die deutschnationalistischen Kriegsexperimente fortgesetzt werden könnten. Man sieht dort mit einem gewissen Unbehagen, daß sich in zunehmendem Maße die deutschnationalen Kreise als die Protektoren der Regierung Cuno geberden und ist nicht geneigt, sich die irgendwelche nationalistische Nebenregierung gefallen zu lassen. Der Reichskanzler hätte morgen Gelegenheit, durch die Art seiner Erklärungen in dieser Richtung günstige politische Wirkungen zu erzielen.

•

Wie bis jetzt feststeht, dürfte sich an die Rede des Reichskanzlers die Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes anschließen, doch wird die einleitende Rede dazu vom Reichsminister des Äußeren v. Rosenberg erst am Mittwoch gehalten werden. Erst dann dürften die einzelnen Parteien zu Worte kommen.

Der Reichskanzler selbst wird im Laufe des heutigen Abends die Parteiführer bei sich empfangen und auch seinerseits mit ihnen das Programm der morgigen Sitzung besprechen, wobei er ihnen voraussichtlich die Grundzüge seiner Rede vorlegen wird. Man nimmt an, daß diese Rede nicht sehr lang sein, heißt aber, daß sie starken Eindruck im In- und Auslande hervorrufen wird.

Die Hoffnung auf Verhandlungen in Paris

Eigener Drahtbericht des Leipziger Tageblattes

Paris, 5. März.

Das Ereignis des Tages ist auch für Paris die Einberufung des Reichstages. Einige Blätter veröffentlichen in Fettdruck die sensationelle Nachricht, daß der Reichstag am Dienstag den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Frankreich und Belgien ankündigen würde. Die meisten Blätter bezeichnen dieses Gerücht aber als unglaubwürdig, da man nicht annehmen könne, daß die Reichsregierung Frankreich eine neuen Vorwand zu noch energischeren Maßnahmen bieten werde. Hie und da taucht auch die Vermutung auf, der Reichskanzler werde am Dienstag die deutschen Vorschläge öffentlich bekannt machen in der Hoffnung, daß dadurch die amerikanisch-englische Intervention veranlaßt würde. In politischen Kreisen glaubt man im allgemeinen nicht an einen Abbruch der Beziehungen. Man bemerkt dazu, daß ein derartiger Beschluß Deutschlands unter den gegenwärtigen Umständen ein „Gegenstoß ins Wasser" wäre und nur die Stellung Poincarés festigen würde. Der Gaulois versichert, daß die Verbündeten eine möglichst schnelle Lösung der Krise durch Verhandlungen mit Deutschland herbeiführen würden, aber bisher keine Gelegenheit zur Anknüpfung solcher Verhandlungen gehabt hätten, da diese nur von Deutschland geboten werden könne. Diese Feststellung des Gaulois gibt die Stimmung derjenigen Kreise, die den Abschluß der Ruhraktion durch einen „Verhandlungsfrieden" erstreben und nicht durch ein Diktat.

Bedauern in München

Eigener Drahtbericht des Leipziger Tageblattes

München, 5. März.

Die Verschiebung der Reichskanzlerreise nach München hat in allen Kreisen der Hauptstadt Bayerns das lebhafteste Bedauern hervorgerufen. Alle bereits vorbereiteten Veranstaltungen sind natürlich abgesagt worden. Das persönliche fast freundschaftliche Verhältnis, das den Reichskanzler seit Jahren mit dem Ministerpräsidenten v. Knilling und dem Minister Schweyer verbindet, hätte die Zusammenkunft besonders herzlich gestaltet.

Einbruch in die deutsche Botschaft zu Rom

Eigener Drahtbericht des Leipziger Tageblattes

Rom, 5. März.

Auf die Villa des deutschen Botschafters von Neurath versuchten Einbrecher in der Nacht zum Sonntag einen Ueberfall. Das Hauspersonal der Botschaft wurde jedoch wach und gab auf die Einbrecher mehrere Schüsse ab, wodurch einer von ihnen am Fuße verwundet wurde. Legationssekretär Altenburg wurde von den Einbrechern, die sich ebenfalls mit Revolverschüssen wehrten, durch einen Oberschenkelschuß schwer verletzt. Mussolini, der sofort am Sonntag früh von dem Ueberfall in Kenntnis gesetzt wurde, sprach dem deutschen Botschafter sein Bedauern über die Tat aus und tadelte dem Polizeipräfekten deswegen, daß die Bewachung der Umgegend der deutschen Botschaft ungenügend gewesen sei.

Paris, 5. März.

Das offiziöse Havasbureau sucht den Einbruch in die deutsche Botschaft in Rom zu einer hochpolitischen Affäre aufzubauschen, indem es den Deutschen den Versuch unterschiebt, es so darzustellen, als ob der Einbruch im Auftrage französischer Behörden verübt worden sei. Es veröffentlicht eine lange Mitteilung, in der es sagt, die Agenten der deutschen Botschaft in Rom verbreiteten, der Diebstahlversuch sei im Dienste Frankreichs verübt worden. Die französische Regierung habe sich der Geheimakten der deutschen Botschaft bemächtigen wollen, um zu erfahren, wie die Beziehungen zwischen Deutschland und Italien in Wirklichkeit seien. Die Verhafteten, die die Angabe ihrer Namen verweigerten, hätten erklärt, sie seien zu dem Diebstahl von einem Unbekannten angestiftet worden, der das Italienische mit stark französischem Akzent gesprochen habe. Havas behauptet weiter, die deutsche Botschaft habe die Diebe erwartet, und das Personal sei wie zufällig mobilisiert gewesen. Die deutschen Journalisten seien bereits früh zum Befehlsempfang berufen gewesen. Man müsse erwarten, daß die deutschen Kreise demnächst mit einer neuen Ueberraschung aufwarten.

Zu dem Einbruch wird von zuständiger Stelle noch mitgeteilt, daß ein großer eiserner Schrank erbrochen wurde und die darin befindlichen Akten und Dokumentenmappen entnommen wurden. Das Personal konnte den Einbrechern sämtliches Material wieder abnehmen, so daß der Raub vollkommen vereitelt wurde. Man zweifelt in Berlin nicht daran, daß es sich bei diesem Einbruch um eine politische Aktion handelt.

Absage der Stickstoff-Lieferungen

Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 5. März.

Die Reparationskommission hatte für heute Vertreter der deutschen Regierung zu einer Besprechung über Stickstofflieferungen an Frankreich, Italien und Belgien eingeladen. Die deutsche Regierung hat geantwortet, daß sie wegen des Einfalls ins Ruhrgebiet nicht mehr in der Lage sei, Lieferungen an Frankreich und Belgien auszuführen und daher keine Vertreter zu den Besprechungen entsenden könne, hingegen seien unmittelbare Verhandlungen mit alliierten Vertretern bereits eingeleitet.

Französische Meinungsmache in Oesterreich

Eigener Drahtbericht des Leipziger Tageblattes

Wien, 5. März.

Der sozialdemokratische Abg Ellenbogen hatte in der Haushaltdebatte des Nationalrates der Regierung vorgeworfen, sie subventioniere Pariser Organe aus einem 1,2 Milliaren Kronen betragenden Reptilienfonds. Der Wiener Vertreter der Agence Havas forderte daraufhin in einem offenen Brief den Abgeordneten auf, seine Behauptung zu beweisen, daß die Agence Havas dafür, daß sie auch im Auslande den Ruhm des Bundeskanzlers zu verkünden hätte, splendid bezahlt werde. Heute antwortet hierauf die Arbeiterzeitung und stellt fest, daß die Wiener amtliche Nachrichtenstelle geradezu ein Unterorgan der Agence Havas geworden ist. Es sei nichts anderes, als ob Poincaré in eigenes Bureau unterhalte. Die französische Regierung beeinflusse auf diese Weise einen großen Teil der öffentlichen Meinung in Mitteleuropa, was ihr auf normalem Wege unmöglich sei. Bei der